

# **Erklärung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung – KAB – in der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu den Europawahlen 2009**

## **Arbeit**

Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert, auf Freiheit zur Vereinigung in nationalen und internationalen Organisationen zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen.  
Europäische Sozialcharta 1961

### **das sehen wir**

In ganz Europa werden die arbeitenden Menschen unter Druck gesetzt. Steigende Massenarbeitslosigkeit, Unternehmensverlagerungen, Deregulierung, Flexibilisierung und unsichere Arbeitsverhältnisse sind nur einige Erfahrungen, die Ohnmacht erzeugen.

In ganz Europa sind viele Menschen trotz Arbeit arm. Niedriglöhne sind auf dem Vormarsch mit den entsprechenden Folgen für die soziale Sicherheit. Sie sind ein Ausdruck der zunehmenden Lohnspreizung, der Deregulierung und der sozialen Spaltung.

Gerade in Deutschland ist der neoliberale Umbau der Arbeitsmarktpolitik gescheitert. Dennoch werden soziale Standards und Mitbestimmungsrechte weiter abgebaut. Über die Köpfe der arbeitenden Menschen hinweg werden von wenigen Entscheidungen getroffen, die das Leben aller betreffen.

### **das wollen wir**

Stoppt den Ausverkauf der menschlichen Arbeit! Gute Arbeit für alle! Eine gerechte Bezahlung, gesetzlicher Mindestlohn, hohe soziale Standards, mehr Mitbestimmung und soziale Sicherheit sind Ausdruck einer menschenwürdigen Gestaltung der Arbeit. Arbeit muss dem Menschen dienen. Arbeit ist Teil des göttlichen Schöpfungsauftrages und trägt damit Verantwortung für die Gestaltung einer solidarischen und gerechten Welt.

Arbeit muss Vorrang vor dem Kapital haben! Wir wenden uns gegen die rein profitorientierte Verwertung menschlicher Arbeit und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Wir fordern eine europäische Unternehmensverfassung, die die gleichrangige Mitbestimmung vor Arbeit und Kapital fest schreibt.

Der Sonntag muss umfassend gesetzlich geschützt werden! Nicht Kapitalinteressen, sondern die Lebensbedürfnisse und der Wunsch nach gemeinsamer freier Zeit sind Grundlagen einer neuen „Kultur der Arbeit“.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit! Frauen und Männern ist die Teilnahme an allen Formen der menschlichen Arbeit zu gewährleisten. Durch Verkürzung der Arbeitszeit muss die vorhandene Erwerbsarbeit umverteilt werden. Die KAB tritt für die 30-Stunden-Woche in Europa ein.

*Angesichts der gegenwärtigen Wirklichkeit (...) gilt es vor allem ein Prinzip in Erinnerung zu rufen, das die Kirche immer gelehrt hat: das Prinzip des Vorranges der Arbeit vor dem Kapital.*

Laborem exercens 1981

## **Armut**

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Art 1 Abs. 1 GG

### **das sehen wir**

Europaweit ist die Armut für viele Menschen alltägliche Realität. Mangelnde Bildungschancen, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung bergen das größte Armutsrisiko. In Deutschland sind besonders Kinder, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund von Armut betroffen. Auch die Altersarmut ist mitten unter uns, und sie ist vor allem weiblich.

Europaweit nimmt die soziale Spaltung zu. Die Reichen werden reicher, die Armen zahlreicher und die Mittelschicht hat Angst vor dem Abstieg. Der Reichtum der einen ist immer auch die Armut der anderen. Gerade in Deutschland wird die Verteilungsgerechtigkeit der Leistungsgerechtigkeit geopfert. Umverteilung ist hierzulande Umverteilung des Mangels, weil Überfluss und Reichtum geschont werden.

Armut ist mehr als Einkommensarmut! Armut schränkt die gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe ein. Sie bedeutet soziale Ausgrenzung, fehlende Perspektive und Verlust verfassungsrechtlich geschützter Grundfreiheiten.

### **das wollen wir**

Stoppt die Armut! Gutes Leben für alle! Die sozialen Sicherungssysteme müssen ausgebaut und alle Bürger und Bürgerinnen gemessen an ihren Einkünften an der Finanzierung beteiligt werden. Das Rentenmodell der katholischen Verbände zeigt, dass die Einführung einer bedarfsunabhängigen Sockelrente machbar ist. Wir wollen Solidarität zwischen Reichen und Armen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Gesunden und Kranken!

Ein „Garantiertes Grundeinkommen“ als neue Perspektive gegen Armut in Europa! Dabei geht es um weit mehr als um die Abschaffung von Armut. Es geht um die Gestaltung einer neuen Gesellschaft. In der Tätigkeitsgesellschaft sollen alle Formen menschlicher Arbeit gleichwertig und gleichrangig sein. Es geht um mehr Zeit für gutes Leben.

Das „Garantierte Grundeinkommen“ ist der Weg zu Selbstbestimmung und Freiheit! Erst die Befreiung von Existenzsorgen und staatlichen Kontrollen und Sanktionen schaffen die Voraussetzungen, Lebensperspektiven zu entwickeln und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

*Entscheidend ist, nicht beim Streit über den Begriff der Armut stehen zu bleiben und Armut nicht auf den Einkommensaspekt einzuengen. Es geht darum, die betroffenen Menschen sowie das Faktum Armut in der Wohlstandsgesellschaft zu sehen und die Notwendigkeit zu erkennen, sich für eine Verbesserung der Situation einzusetzen.*

Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland 1997

# Bildung

Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2007

## das sehen wir

In Europa wird die soziale Spaltung durch die Bildungspolitik zementiert. Gerade in Deutschland sind Bildungschancen in einem unverantwortlichen Maße abhängig von der familiären Herkunft, den finanziellen Möglichkeiten und dem sozialen Status. Wer arm geboren wird, bleibt arm und ausgegrenzt.

In Europa greifen Kommerzialisierung und Privatisierung im Bereich der Bildung um sich. Bildung wird zur Ware, die nur von denjenigen „gekauft“ werden kann, die es sich leisten können.

Das Leitbild der Bildung ist ein „Elitekonzept“, das die Steigerung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel verfolgt. Es ist ein Skandal, dass durch diese verkürzte Perspektive der Bildungsauftrag unzulässig eingeschränkt und so die Chancen vieler Menschen verspielt werden.

## das wollen wir

Stoppt den Kommerz – Bildung ist keine Ware, Bildung ist Bürgerrecht! Die Bildungspolitik in der europäischen Union muss der gesellschaftlichen Spaltung und der sozialen Benachteiligung entgegenwirken. Soziale Teilhabe und Teilnahme muss jedem möglich sein.

Europa braucht ein ganzheitliches Verständnis von Bildung! Bildung kann sich nicht darauf beschränken, nur Qualifikationen für das Erwerbsleben zu vermitteln. Bildung muss die gesamte Persönlichkeit in den Blick nehmen und Kompetenzen für alle Lebensbereiche fördern. Lernziele müssen ausdrücklich wert- und sinnorientiert sein, damit Europa als Gemeinschaft gestärkt wird.

Lebenslanges Lernen ist eine europaweite öffentliche Aufgabe! Sie muss finanziell abgesichert und angemessen ausgestattet werden: angefangen bei der frühkindlichen Erziehung über Schule, Aus-, Fort- und Weiterbildung bis hin zur Bildung für den Menschen im sogenannten dritten Lebensalter. Die KAB fordert eine kostenlose Erstausbildung für alle in Europa.

Auf der europäischen Ebene muss eine gemeinsame Bildungspolitik ausgebaut werden. Die föderale Struktur in Deutschland, die schon jetzt eine stringente nationale Bildungspolitik unmöglich macht, darf den Fortschritt einer gemeinsamen europäischen Bildungspolitik nicht behindern.

*Selbstverständlich stellt Bildung als solche immer einen Wert und eine wichtige Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit dar.*

Laborem exercens, 1981

## **Finanzkrise**

Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt.  
Mk 10,25

### **das sehen wir**

Das Geld hat die Macht. Unsummen an Geld vagabundieren heute um die Welt mit nur einem Ziel: dem der Geldvermehrung. Im Kasinokapitalismus haben sich die Geldströme von der realen Wirtschaft abgekoppelt.

Der Kasinokapitalismus spaltet die Welt. Es werden enorme Risiken produziert. Der Staat, die öffentliche Hand und wir alle als Bürgerinnen und Bürger zahlen die Zeche. Es gibt wenige Gewinner und viele Verlierer.

Die Finanzkrisen legen die grundlegenden Fehler der kapitalistischen Wirtschaftsweise offen: fehlende Kontrolle, fehlende demokratische Mitbestimmung, falsche Zielsetzungen und destruktive wirtschaftliche Anreize, Gier nach Profiten, eine ungerechte Verteilung der Wertschöpfung, die gnadenlose Ausbeutung der Natur, eine Herabwürdigung der menschlichen Arbeit zur Ware und damit eine Erniedrigung des Menschen als Geschöpf Gottes.

### **das wollen wir**

Stoppt den Kasinokapitalismus! Geld muss dem Leben dienen! Eine neue weltweite Finanzarchitektur muss geschaffen werden, die klare Spielregeln festsetzt. Europa und Deutschland kommen eine Vorreiterrolle zu. Ein höhere Transparenz auf den Finanzmärkten ist unabdingbar, allen voran eine Ausweitung und Qualifizierung der Bankenaufsicht auf internationaler Ebene.

Finanzmärkte, Wirtschaft insgesamt und Unternehmen sind stärker demokratisch zu kontrollieren! Ein erster Schritt ist eine demokratische Unternehmensverfassung, die die Mitbestimmung über alle Bereiche der Unternehmensführung und –entscheidungen zwischen Kapital und Arbeit festschreibt.

Wir fordern eine weltweite Finanztransaktionssteuer! Europa und Deutschland müssen Vorreiter bei der Einführung und weltweiten Durchsetzung sein. Ein geringer Steuersatz von 1 Prozent auf Devisentransaktionen muss zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Steueroasen sind auf der Grundlage eines zu schaffenden internationalen Rechts zu schließen. Hochspekulative Finanzderivate sind zu verbieten.

*Zur Ungeheuerlichkeit wächst diese Vermachtung der Wirtschaft sich aus bei denjenigen, die als Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals unbeschränkte Verfügung haben über die Verteilung des Kredits und seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen. Mit dem Kredit beherrschen sie den Blutkreislauf des ganzen Wirtschaftskörpers; das Lebenselement der Wirtschaft ist derart unter ihrer Faust, dass niemand gegen ihr Geheiß auch nur zu atmen wagen kann.*

Quadragesimo anno 1931

# Frieden

Du sollst nicht töten. MK 10,19

## das sehen wir

Krieg, Flucht und Vertreibung sind allgegenwärtig. Kriegerische Auseinandersetzungen fordern Zigtausende Tote und Millionen Vertriebene. Unschuldige Zivilisten sind die Leidtragenden des Krieges.

Die Ursachen für die zunehmenden Auseinandersetzungen in der Welt sind meist in wirtschaftlichen, politischen und religiösen Herrschaftsansprüchen zu finden. Ausbeutung und Zerstörung durch Diktatur und Militär bedrohen unsere Lebensgrundlagen.

Weltweiter Friede wird durch die konsequente Umsetzung sozialer Gerechtigkeit und durch weltumspannende Solidarität mit den Unterdrückten, Vertriebenen und Ausgebeuteten erreicht.

Es ist ein Riesenskandal, dass die weltweiten Rüstungs- und Militärausgaben im Jahre 2007 mit 900 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht haben und gleichzeitig die Anzahl der Hungernden in der Welt auf über eine Milliarde angestiegen ist.

## das wollen wir

Stoppt den Rüstungswahnsinn! Krieg ist nie die Lösung! Deutschland und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen mit der internationalen Weltgemeinschaft die Ursachen für Krieg, Flucht und Vertreibung weltweit wirksam bekämpfen. Vorrangiges Ziel ist die Bekämpfung der Armut und der Aufbau zivilgesellschaftlich demokratischer Strukturen.

Keine „Festung Europa“! Europa muss eine einheitliche Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik konzipieren, die dem Maßstab der Menschenwürde gerecht wird. Die Genfer Flüchtlingskonvention muss allgemeines europäisches Recht werden. Sie ist fortzuschreiben und die geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anzuerkennen.

Entwicklung ist der neue Name für Frieden! Die KAB fordert wirksame demokratische Institutionen, die ein System des globalen Regierens gewährleisten. Sie sollen Rahmenbedingungen festlegen und kontrollieren. Sie sollen Krisen- und Konfliktsituationen durch ein abgestimmtes und verbindliches Handeln der Weltgemeinschaft lösen.

Alle Staaten Europas müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungsaufgaben bereitzustellen.

*Der Friede besteht nicht einfach im Schweigen  
der Waffen, nicht einfach im immer schwankenden  
Gleichgewicht der Kräfte. Er muss Tag für Tag auf-  
gebaut werden mit dem Ziel einer von Gott gewollten  
Ordnung, die eine vollkommenere Gerechtigkeit unter  
den Menschen herbeiführt.*

Enzyklika Pacem in terris 1963

# Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass den Bedürfnissen der heutigen Generation dergestalt Rechnung getragen werden sollte, dass die Fähigkeit künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht gefährdet wird. Nachhaltige Entwicklung ist ein (...) festgelegtes übergeordnetes Ziel der Europäischen Union, das für alle Politikbereiche und Maßnahmen der Union maßgebend ist.

Rat der Europäischen Union: Die erneuerte EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2006

## das sehen wir

Die Lage ist katastrophal! Wüsten breiten sich aus, Gletscher schmelzen, die Weltmeere erwärmen sich und weltweit findet ein Sterben der Arten statt. Die globalen Konflikte um Wasser, Nahrungsmittel, Bodenschätze und Energieressourcen verursachen vor allem in den Ländern des Südens kriegerische Auseinandersetzungen, Flucht und Vertreibung.

Während die Industrieländer unbeirrt an ihrem Wirtschafts- und Lebensstil festhalten, leiden schon heute Hunderttausende von Menschen an den Folgen unserer kurzsichtigen Wirtschaftsweise. Eine nachhaltige ökologische Entwicklung und der Erhalt einer intakten und lebenswerten Umwelt für heutige und kommende Generationen werden der Profitmaximierung geopfert.

Es ist ein Skandal, dass sich Europa – insbesondere Deutschland – als Vorreiter beim Klimaschutz positioniert, jedoch bei der Umsetzung vor den Interessen mächtiger Lobbygruppen kapituliert. Dabei könnten die Warnungen eindeutiger nicht sein: Wenn wir es nicht schaffen, die globale Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, wird der Klimawandel unbeherrschbar werden.

## das wollen wir

Stoppt die Zerstörung unserer Schöpfung! Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen ist für alle Menschen weltweit zu sichern. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen muss Vorrang vor Profit- und Gewinnmaximierung haben. Europa muss eine Schlüsselrolle bei der nachhaltigen Entwicklung einnehmen.

Selbstverpflichtungen reichen nicht! Das 6. Umweltprogramm der EU muss umgesetzt und durch konkrete Vorgaben in den Bereichen Klimaschutz, Natur und biologische Vielfalt, Umwelt und Gesundheit sowie nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Abfallwirtschaft ausgebaut werden.

Klimawandel ist jetzt! Schnellstens müssen die Industrienationen die gesetzlichen Normen und Rahmenbedingungen schaffen, um die weltweiten Emissionen drastisch und auf Dauer zu senken. Allen voran geht es um den sparsamen Umgang mit Energie, die Steigerung der Energieeffizienz sowie einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Zusätzlich sind die Entwicklungs- und Schwellenländer beim Aufbau einer klimaverträglichen Energie- und Wirtschaftsstruktur zu unterstützen.

Die regionale Wirtschaft – insbesondere die Landwirtschaft – gilt es bei uns und weltweit zu stärken und konsequent auf Nachhaltigkeit auszurichten. Hierbei bedarf es der gezielten Unterstützung durch die Verbraucher. Beim Kauf müssen Nachhaltigkeit und ökologische Verträglichkeit der Produkte im Vordergrund stehen.

*Grundbedingung für eine zukunftsfähige Entwicklung ist die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens. Kein Land der Erde wird auf lange Sicht dadurch reicher, dass es diese Grundlagen zerstört (...). Die Zielperspektive der Nachhaltigkeit schließt vor allem die Verantwortung für die Schöpfung ein. Im biblischen Denken ist diese Dimension der Verantwortung darin begründet, dass der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist.*

Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland 1997